



13. August 2019

„Wir müssen die Menschen zur Solidarität mit den Juden gewinnen – Bekenntnis zu Antisemitismusdefinition als sinnvoller Weg – Kultur des Hinschauens und Handelns“

Bayerns Regierungsbeauftragter Dr. Spaenle verfolgt eine europaweit einmalige Strategie zur Antisemitismusprävention

MÜNCHEN. Angesichts der Zunahme antisemitischer Vorfälle in Deutschland und in Bayern sowie der Attacken gegen Rabbiner und deren Familien in Berlin und München setzt Bayerns Regierungsbeauftragter gegen Antisemitismus Dr. Ludwig Spaenle auf Präventionsarbeit. Diese europaweit einmalige Strategie hat der Beauftragte der Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe in München vorgestellt.

„Wir müssen stärker präventiv und proaktiv handeln“, so Dr. Spaenle. Dazu gehöre die Bildungsarbeit in Schulen, wo bereits viel geschehe. „Auf die Schulen allein dürfen wir die Arbeit nicht abwälzen. Eine intensive Präventionsarbeit muss auch in der Gesellschaft geleistet werden“, so seine Schlussfolgerung.

„Um die nötige Sensibilität der Verantwortungsträger sowie der Bürgerinnen und Bürger weiter zu fördern und eine Allianz gegen Antisemitismus zu schmieden, haben wir in Bayern einen europaweit einzigartigen proaktiven Weg zur Antisemitismusprävention eingeschlagen. Wir führen einen breiten öffentlichen Diskurs über jüdisches Leben in Bayern. Wir wollen, dass mögliche viele Verantwortliche sowie Bürgerinnen und Bürger die Antisemitismus-Definition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) bewusst annehmen und sich überzeugt an die Seite von Jüdinnen und Juden stellen.“

Er verfolgt dabei ein Kaskadenmodell. Zunächst will er Regierung, Parlament, kommunale Spitzenverbände sowie Organisationen aus Arbeitswelt und Zivilgesellschaft überzeugen, dann möglichst viele Menschen direkt erreichen.

Die Definition der IHRA lautet: *„Der Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich*

in Wort und Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen. Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.“

Die Anstrengungen des Regierungsbeauftragten zeigen Erfolg. In Bayern hat sich z. B. die Staatsregierung durch die Annahme der IHRA-Definition klar zum jüdischen Leben in Bayern bekannt.

Über 50 Einrichtungen und Organisationen haben sich zu der Definition bekannt bzw. ihre Unterstützung zugesagt (siehe anhängende Liste).

Das bisher Erreichte lässt Dr. Spaenle nicht ruhen: „Wir müssen weiterkommen, mehr Organisationen und mehr Menschen unmittelbar ansprechen.“ Dazu bereitet seine Geschäftsstelle weitere konkrete Handlungskonzepte vor.

Es geht Dr. Spaenle um eine Kultur des Hinschauens. „Wir müssen bei auffälligem Verhalten und Aussagen gegen Jüdinnen und Juden hinschauen und konsequent handeln. Wir dürfen das Angehen von Jüdinnen und Juden nicht dulden.“

Dr. Spaenle: „Wir dürfen Übergriffe auf Juden nicht dulden“

„Bayern wird Übergriffe auf Menschen jüdischen Glaubens nicht dulden“, betonte der Regierungsbeauftragte abschließend. „Es geht um die Menschenwürde im Alltag. Der Rechtsstaat ist hier gefordert, aber auch die Gesellschaft als Ganzes.“ Ein wichtiges Hilfsmittel dazu ist die neue Meldestelle Recherche- und Informationsstelle Bayern an die sich Juden und Nichtjuden bei antisemitischen Vorfällen wenden können – unter www.rias-bayern.de oder Tel. 01622951961.

Dr. Spaenle hatte den antisemitischen Übergriff auf den Rabbiner und seine beiden Söhne in München als „Angriff auf die ganze Münchner Stadtgesellschaft“ verurteilt. Sie steht im Kontext steigender antisemitischer Übergriffe: Allein im Jahr 2018 verzeichnete die Polizei in Bayern rund 220 antisemitische Straftaten – deutlich mehr als im Jahr zuvor. Die Zahl der antisemitischen Straftaten in Deutschland lag 2018 bei rund 1.800 und damit um rund 20 Prozent höher als Vorjahr.